



**Die AK fordert mehr Partizipationsmöglichkeiten für Gruppen, die vom politischen Prozess weitgehend ausgeschlossen sind**

## DEMOKRATIE UND MITBESTIMMUNG

# Das politische System braucht Erneuerung

Um städtische Interessen besser umzusetzen, braucht es eine klare Kompetenzaufteilung zwischen Stadt und Bezirk. Eine Neuaufteilung der Bezirke würde allen mehr Chancen bringen.

Wien hat als Bundesland, als Gemeinde und als Summe von 23 Bezirken unterschiedliche Bedeutungen. Dabei werden heute auf der städtischen Ebene die wesentlichen Entscheidungen getroffen. Das Bundesland dagegen hat durch den Beitritt zur EU an Gewicht verloren. Die Bezirksebene wurde seit den 70er Jahren ständig aufgewertet, weist aber unklare Zuständigkeiten auf.

### Gesamtstädtische Interessen übertragen

Die den Bezirken zugedachten Aufgaben betrafen ursprünglich Bestandspflege und Erhaltungsmaßnahmen. Die Kompetenzen wurden mit der Zeit erweitert. Heute ist ihre ‚Macht‘ meist informell begründet und kann etwa beim Verkehr oder der Flächenwidmung sehr groß sein. Gegen an sich unverbindliche Stellungnahmen der Bezirke gibt es kaum Einwände der Stadt. Das war bei der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung gut zu beobachten. Eine gesamtstädtische Kompetenz wird den Bezirken übertragen – völlig unabhängig davon, dass jede Bezirksentscheidung massive Auswirkungen auf andere Bezirke hat. Es sollte daher mehr zwischen gesamtstädtischen Interessen und Bezirksinteressen differenziert werden. Es gibt Aufgaben, die zentral besser gelöst

werden können anstatt wie bisher in den Bezirken.

### Gerechtere Bezirksaufteilung

Die Struktur der Wiener Bezirke ist inhomogen. Sie unterscheiden sich teilweise extrem in Größe, Anzahl der EinwohnerInnen oder bei der Verteilung von Einkommen und Bildung. So vertritt eine Bezirksrätin der Inneren Stadt 407 EinwohnerInnen, in Favoriten sind es 3043. „Es kann nicht sein, dass in den Bezirken, wo es am meisten zu tun gibt, die wenigsten Bezirksräte pro Einwohner sind“, sagt Thomas Ritt, Leiter der Abteilung Kommunalpolitik in der AK Wien. Eine neue Aufteilung in weniger Bezirke, in ähnlicher Größe und Struktur würde zu mehr Effizienz und Chancengleichheit führen. Die Zusammenlegung sollte entweder nach Homogenität (gleiche Strukturen sollen zusammenkommen) oder Diversität (jeder Bezirk ist gut gemischt) erfolgen. Auf Grund seiner besonderen Bedingungen (geringe Bevölkerungszahl, hohe Arbeitsplatzdichte, städtebauliche Sondersituation „Weltkulturerbe“, Tourismus – historisches Zentrum) passt der erste Bezirk nicht in dieses Modell. Eine direkte Verwaltung durch den Wiener Bürgermeister wäre hier eine passende Lösung.

**„WIR WOLLEN MEHR ZWISCHEN GESAMTSTÄDTISCHEN UND BEZIRKSINTERESSEN UNTERSCHIEDEN. ES GIBT AUFGABEN, DIE IM RATHAUS BESSER GELÖST WERDEN KÖNNEN ALS IM BEZIRK.“ SO THOMAS RITT ABTEILUNGSLEITER AK KOMMUNALPOLITIK**



## Mehr Professionalität in den Bezirken

Die BezirksvertreterInnen brauchen mehr Unterstützung für ihre wichtige lokale Arbeit. Die meisten können nur wenige Termine tagsüber wahrnehmen, weil sie berufstätig sind. Die Einführung von hauptamtlichen „BezirksrätInnen“ (etwa öffentlicher Raum, Verkehr, Soziales) wäre sinnvoll. Dafür sollte der 2. Bezirksvorsteherstellvertreter eingespart werden. Damit wäre diese Reform kostenneutral.

## Demokratisierung des Wahlrechts

BezirksvorsteherInnen sollen von der Mehrheit der BezirksvertreterInnen gewählt werden. Derzeit reicht es aus, dass die stärkste Partei einen Wahlvorschlag einreicht, der von der Mehrheit der eigenen Bezirksräte gewählt wird. Im 1. Bezirk sind das 13% der BezirksvertreterInnen – die Mehrheitsfraktion hält derzeit bei 25,7% der Stimmen.

## Mehr Fokus auf ArbeitnehmerInnen

In einigen Innenstadtbezirken ist die Zahl der dort beschäftigten ArbeitnehmerInnen höher als die der EinwohnerInnen. Im 1. Bezirk kommen auf eine/n BezirksbewohnerIn sieben ArbeitnehmerInnen, im 9. ist das Verhältnis 1:1,4 und in Neubau 1:1,2. Die politische Vertretung wird jedoch ausschließlich von den BewohnerInnen, sofern EU BürgerInnen, gewählt. Es muss daher mehr auf die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen eingegangen werden.

## Alle sollen teilnehmen

Demokratiereformen und politische Beteiligungsinstrumente müssen gesellschaftlichen Spaltungstendenzen entgegenwirken. Sie sollen die gleiche Teilnahme aller ermöglichen. Um auch ausgegrenzte Gruppen anzusprechen und nicht wie jetzt nur die gut gebildeten und artikulationsstarken, sind in Beteiligungsverfahren geeignete Themen und Methoden zu wählen. Dazu braucht es entweder neue Institutionen, die gleiche Beteiligung ermöglichen, oder zusätzliche Unterstützung für bereits vorhandene Institutionen wie z.B. Gebietsbetreuung, Jugendzentren und Mieterbeiräte.

## Wiener Wahlen 2015

1.327.311

Bei den Wiener Bezirksvertretungswahlen 2015 waren 1.327.311 Menschen wahlberechtigt, die Beteiligung lag bei 67,4%. Bei den Gemeinderatswahlen 2015 waren jedoch nur 1.143.076 Wahlberechtigte, davon gingen 74,75% wählen.

## DAS REGIERUNGSPROGRAMM IM AK CHECK

# Ehrgeizig, aber wenig konkret

Das neue Regierungsprogramm der Wiener Stadtregierung spricht zahlreiche Punkte an. „Wien wächst“ und die daraus resultierenden Herausforderungen sind das zentrale Thema. Es fehlt jedoch häufig an Umsetzungs- und Realisierungshorizonten.



**Bildung:** Ausbau von Ganztageschulen und Tagesbetreuungen. Kinderbildungs- und -betreuungsplätze soll es für jedes Kind unabhängig von Alter und der Erwerbstätigkeit ihrer Eltern geben.

**Wirtschaft:** Das Bestbieter-Prinzip soll angewendet werden. Auch für die Goldene Regel will sich die Stadt einsetzen.

**Wohnbau:** In Wien sollen 10.000 neue Wohnungen pro Jahr entstehen, vor allem geförderte Wohnungen.

**Mobilität:** Wien verspricht ein besseres S-Bahn-Angebot mit kurzen Zugintervallen, die Einführung einer Halbjahreskarte wird überprüft.

**Arbeit und Soziales:** Die „Wiener Ausbildungsgarantie“ soll weiterentwickelt werden. „Gute Arbeit“ soll das Ziel sein.

**Gesundheit:** Anspruch aller Menschen auf bestmögliche medizinische Versorgung. Dem Privatisierungsdruck im Gesundheitssystem soll standgehalten werden.

**Politisches System:** Neue Vorschläge zur Zusammenarbeit von Gemeinde und Bezirken sollen erarbeitet werden.

**Bildung:** Die Verkleinerung der Gruppengröße und des Betreuungsschlüssels in der Elementarbildung fehlt genauso wie der Ausbau der FH Studienplätze und die Förderung nichttraditionell Studierender.

**Arbeit und Soziales:** Arbeitsmarktpolitische Vorhaben bleiben weitgehend unbestimmt. Wie Benachteiligte besser über das Sozialsystem informiert werden, bleibt unklar.

**Wirtschaft:** Nur vage Aussagen zum aufgabenorientierten Finanzausgleich und zur Schaffung finanzieller Grundlagen für Infrastrukturinvestitionen.

**Wohnbau:** Die interne Zielvorgabe von 7000 geförderten Wohnungen pro Jahr unterscheiden sich nicht vom aktuellen Stand. Die Widmungskategorie „förderbarer Wohnbau“ wird nicht näher konkretisiert. Auch Aufteilungsschlüssel zur Neubauleistung und die Anwendung städtebaulicher Verträge fehlen.

**Mobilität:** Ohne Aufwertung der koordinierenden Institutionen erscheint eine gute Verkehrspolitik in der Region nicht umsetzbar, keine Erwähnung des Bestbieterprinzips bei den Verhandlungen zu den Verkehrsdienstleistungsverträgen.

**Gesundheit:** Keine Erläuterung, wie die Arbeitsbelastung der KAV-MitarbeiterInnen besser verteilt werden soll.